

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)

vom 14. Mai 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Mai 2018)

zum Thema:

Immunitätsaufhebung im Zuge der Blockade des Frauenmarsches am 17.02.2018

und **Antwort** vom 30. Mai 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Jun. 2018)

Herrn Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage 18/14990
vom 14. Mai 2018
über Immunitätsaufhebung im Zuge der Blockade des Frauenmarsches am 17.02.2018

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Bezugnehmend auf die 22. Plenarsitzung, TOP 2 Fragestunde, Plenarprotokoll 18/22, S. 2466, Anzeigen nach der Behinderung der Blockade des „Frauenmarsches“ am 17.02.2018:

1. Wie ist der Stand bezüglich der Aufnahme der staatsanwaltlichen Ermittlungen nach den Strafanzeigen gegen die Berliner Abgeordneten Katrin Schmidberger, Fadime Topac und Hakan Tas?

Zu 1.: Bei der Staatsanwaltschaft Berlin wird ein Prüfvorgang geführt, unter dem die Strafanzeigen u. a. gegen Berliner Abgeordnete gebündelt worden sind. Derzeit dauert die für jede Mandatsträgerin und jeden Mandatsträger gesondert durchzuführende Prüfung, ob gegen diese oder diesen im Zusammenhang mit den Blockadehandlungen ein Anfangsverdacht wegen einer strafbaren Handlung vorliegt, noch an.

2. Wie ist der Stand zu den Anträgen auf Aufhebung der Immunität Aufgrund eines Anfangsverdachts der oben genannten Abgeordneten, um staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zu ermöglichen?

Zu 2.: Es handelt sich um einen laufenden Prüfvorgang zur Frage, ob ein Anfangsverdacht vorliegt. Daher sind keine Anträge zur Aufhebung der Immunität gestellt worden.

3. Falls es keine Änderungen zu berichten gibt, worin begründet sich die Verzögerung?

Zu 3.: Es ist hinsichtlich der Bearbeitung des Prüfvorganges hier keine Verzögerung bekannt.

Berlin, den 30. Mai 2018

In Vertretung
M. Gerlach
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung